

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

Junge Grüne an der Mitgliederversammlung in Sissach



Inhalt

| | |
|-------------------------------|-------|
| Basler Kantonalbank | 2-3 |
| Mitglied werden | 3 |
| Aus dem Rathaus | 4 |
| junges grünes bündnis | 5 |
| Nat. Abstimmungen 22. Sept. | 5/7 |
| Interview mit Andreas Tereh | 6 |
| Grüne Riechen | 7 |
| Interview mit Sarah Martin | 8 |
| Kant. Abstimmungen 22. Sept. | |
| CentralParkBasel | 9 |
| Wohnraumfördergesetz | 10-11 |
| Initiative «Basel erneuerbar» | 11 |
| Infomarkt und Varia | 12 |

BKB-Gesetz

Abstimmungen vom 22. Sept.
Initiative «Basel erneuerbar»

Basler Kantonalbank (BKB): Der Bankrat ist eine demokratische Kontrollinstanz

Mitte April gab der Basler Regierungsrat den Entwurf zur Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank (BKB) in die Vernehmlassung. Damit reagierte die Regierung auch auf Diskussionen, welche der Umgang der Bank mit US-Kunden und der ASE-Anlagebetrug-Fall ausgelöst hatten.

Der Regierungsrat hält in seinem Entwurf sowohl am öffentlichen Leistungsauftrag wie an der Staatsgarantie fest. Änderungen soll es dagegen beim Bankrat geben. Geht es nach dem Wunsch der Regierung, soll er künftig kleiner und «professioneller» sein und vom Regierungsrat gewählt werden. Zudem soll die BKB «klare Zielvorgaben mittels Eignerstrategie und Mandatierung der Bankratsmitglieder» erhalten. Im Folgenden hat sich der Grüne Pfeffer mit Elisabeth Ackermann über die Haltung der Grünen Partei zur BKB unterhalten. Die eingehende Stellungnahme der Grünen findet sich auf unserer Website www.gruene-bs.ch.

Bisher wurde der Bankrat vom Grossen Rat gewählt. Neu möchte der Regierungsrat selbst diese Wahl vornehmen. Die Grünen lehnen dies ab. Weshalb?

Wir lehnen diese Änderung ab, weil sie zu einer weiteren Machtkonzentration der Regierung führt, die keine Verbesserungen bringt. Der Grosse Rat verliere dadurch massiv an Einfluss. Es wird oft kritisiert, dass die Parteien die Bankrätinnen und Bankräte nicht nach ihren Fähigkeiten auswählen, sondern mit dem Amt verdiente Parteimitglieder belohnen. Diese Kritik ist zum Teil berechtigt, die Situation würde sich aber nicht zwingend verändern, wenn der Regierungsrat die Wahl vornimmt. Wir schlagen deshalb vor, dass neu die Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates, die auch die Wahl von Richterinnen und Richtern organisiert, die Bankratswahlen vorbereitet und die Kandidatinnen und Kandidaten auf Herz und Nieren prüft.



Elisabeth Ackermann, Co-Präsidentin der Grünen Basel-Stadt und Mitglied der Finanzkommission des Grossen Rates.

In der Vorgabe, dass Mitglieder des Grossen Rates und des Regierungsrates künftig nicht mehr in den Bankrat gewählt werden dürfen, sieht die Regierung eine Massnahme zur «Entpolitisierung» und «Professionalisierung» des Bankrates. Man kann darüber streiten, ob sich eine «Entpolitisierung» der BKB überhaupt aufdrängt. Zudem waren ja auch bisher in den Banken Profis am Werk... Welche Massnahmen drängen sich aus der Sicht der Grünen auf?

Wir sind damit einverstanden, dass die Mitglieder des Grossen Rates und des Regierungsrates nicht mehr in den Bankrat gewählt werden dürfen. Der Grosse Rat und der Regierungsrat haben die Oberaufsicht über die Bank inne und deshalb ist es richtig, dass sie nicht gleichzeitig in den Bankrat gewählt werden können.

Einer sogenannten «Professionalisierung» des Bankrates stehen wir aber sehr kritisch gegenüber. Wir lehnen es ab, dass der Bankrat ausschliesslich mit Bankfachleuten besetzt wird. Natürlich ist es wichtig, dass die Mitglieder des Bankrates Erfahrungen im Finanzbereich haben. Diese können aber nicht nur im Beruf, sondern zum Beispiel auch in der Politik erworben werden. Der Bankrat hat als Verwaltungsrat die Aufgabe, die Strategie der BKB festzulegen und hat auch

Impressum

grüner pfeffer –
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Güterstrasse 83, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 1000 Stk., erscheint 4-mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Philippe Bovet (bov), Harald Friedl
(hafr), Martin Stohler (sto)

Druck: Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 03 |
September 2013

die Funktion einer demokratischen Kontrollinstanz. Deshalb sollen Vertreter der Öffentlichkeit, d.h. des ganzen politischen Spektrums, im Bankrat sein. Die operative Leitung der Bank dagegen ist Aufgabe der Geschäftsleitung.

Aus den Reihen der Grünliberalen gibt es Bestrebungen, die Staatsgarantie für Einlagen bei der BKB abzuschaffen. Was steckt dahinter?

Die Kreise, die die Staatsgarantie abschaffen wollen, haben längerfristig das Ziel, die BKB zu verkaufen. Die Abschaffung der Staatsgarantie wäre dazu der erste Schritt, der einen Verkauf erst ermöglichen würde. Solange die Bank grossmehrheitlich dem Kanton gehört, ist eine Auflösung der Staatsgarantie nicht sinnvoll. SVP und Grünliberale behaupten, dass mit der Auflösung der Staatsgarantie das Risiko für den Kanton besei-

tigt würde. Nach den Erfahrungen der Finanzkrise ist aber klar, dass der Kanton selbst nach einem Verkauf der BKB bei Schwierigkeiten die Bank retten müsste, da sie eine grosse Bedeutung für die ganze Region hat. Mit dem Verkauf der BKB würden ein weiteres Mal Gewinne privatisiert, währenddem die Risiken weiterhin von der Öffentlichkeit getragen würden.

Aus grüner Sicht braucht es also weiterhin eine Kantonalbank im Staatsbesitz?

Ja, der Kanton soll die Bank in seinem Besitz halten. Er profitiert ja auch jährlich vom Gewinn der BKB. Die Kantonalbank soll in erster Linie den regionalen Betrieben und der regionalen Bevölkerung als kundennahe Bank dienen. Die Grossbanken haben sich z.B. vor der Finanzkrise praktisch nur noch um grosse Anleger und Firmen gekümmert. Als Kleinsparer oder

kleiner Betrieb war man nicht mehr erwünscht. Die Kantonalbank hat hier eine wichtige Aufgabe.

Wo soll sie ihre Schwerpunkte setzen?

Wie gesagt, soll sie vor allem in der Region tätig sein. Wichtig ist, dass die Bank die festgelegte Weissgeldstrategie mit aller Konsequenz verfolgt. Grosse Risiken sollen vermieden werden, auch wenn sie grosse Gewinne versprechen.

Die BKB soll sich das Nachhaltigkeitsprinzip in Zukunft nicht nur auf die Fahnen schreiben, sondern einen sorgfältigeren Umgang mit finanziellen Mitteln und den Risiken pflegen.



Die Fragen stellte:
Martin Stohler
Redaktion
Grüner Pfeffer
Vorstand Grüne BS



In 100 Jahren werden die Enkel unserer Babys von heute die Welt bevölkern. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass auch sie noch eine intakte Umwelt erleben können. In Basel als einer Stadt, wo Velos und Fussgänger Priorität haben, Chancengleichheit für alle besteht und bezahlte und unbezahlte Arbeit gerecht verteilt sind. Die Grünen setzen sich ein für eine enkeltaugliche Gesellschaft, damit auch in 100 Jahren die Natur noch ihren Platz hat.

Willst Du Dich auch politisch einsetzen für eine Zukunft, die für die Enkel unserer Kinder noch lebenswert ist? Dann werde Mitglied bei den Grünen Basel-Stadt. Das bringt Dir auch schon heute viel, denn als Mitglied

- erhältst Du 4 Mal jährlich das «greenfo», das Informationsbulletin der Grünen Schweiz, und natürlich den «Grünen Pfeffer».
- kannst Du bei Strassenaktionen (z.B. Unterschriftensammeln) mitmachen oder Dich bei Anlässen verschiedener Art engagieren – immer dann, wenn Du Zeit hast.
- kannst Du in einer unserer Arbeitsgruppen Dein Wissen und Können einbringen.
- kannst Du für ein politisches Amt (Grosser Rat, Schulrat etc.) kandidieren.

Überzeugt? Ein Kontaktformular findest Du auf der letzten Seite des «Grünen Pfeffers» oder auf www.gruene-bs.ch.
Nicht ganz überzeugt? Du kannst gerne auch bei einer Mitgliederversammlung reinschnuppern. Melde Dich einfach bei sekretariat@gruene.ch.

Aus dem Rathaus – Gedanken nach einem halben Jahr im Grossen Rat

Seit Beginn dieses Jahres sitze ich für das Grüne Bündnis im Grossen Rat. Als Neuling ist für mich vieles noch ungewohnt. Das macht die Arbeit aber umso reizvoller.

Vor knapp einem Jahr wurde ich in den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gewählt. Doch ich musste mich entscheiden. Als nebenamtliche Richterin am Strafgericht übte ich bereits eine spannende Tätigkeit aus. Die beiden Ämter sind jedoch aufgrund des Gewaltenteilungsprinzips unvereinbar. Der Gedanke, aktiv meine Anliegen in den Bereichen Asyl- und Familienpolitik einbringen zu können und hinter die Kulissen des Ratsbetriebs zu schauen, gaben schliesslich den Ausschlag für das Grossratsmandat. Im Vorfeld wurde mir Mirjam Ballmer als «Politgotte» zugeteilt. An sie konnte ich mich bei Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der ersten Sitzung wenden. Natürlich war ich zunächst sehr eifrig und habe den ganzen Stapel an Geschäften durchgelesen, dies wird mit der Zeit und Routine wohl abnehmen.

Erste Grossratssitzung

Meine erste Grossratssitzung fand am 6. Februar dieses Jahres statt. Im Internet schaute ich vorher nach, wo mein Platz im Ratssaal ist. Die Grossrätinnen und Grossräte sind nach ihrem Wahlkreis geordnet. Ich sitze neben meiner grünen Parteikollegin Eveline Rommerskirchen, sonst bin ich umgeben von Kolleg/innen verschiedenster Parteien. Vor mir Ruedi Rechsteiner (SP), hinter mir Samuel Wyss (SVP) und auf meiner linken Seite Daniel Stolz (FDP). Nachdem alle kurz vor neun Uhr morgens reingehuscht waren, ging's los. Als jüngstes und ältestes Ratsmitglied begrüsst Sarah Wyss und Roland Lindner die Sitzung. Als zweitjüngstes Ratsmitglied blieb mir diese Aufgabe erspart. Danach wurden auch gleich die ersten Geschäfte traktandiert. Auch ich konnte mir die 100 Grossrätinnen und Grossräte etwas genauer anschauen. Mir

fielen zunächst die unterschiedlichen Kleidungsstile auf. Vom klassischen Blazer über den Minijupe mit High Heels war alles dabei. Und so verschieden wie sie sich anziehen, tragen die Grossrätinnen und Grossräte auch ihre Voten vor. Die einen benutzen handschriftliche Zettel, andere lesen von ihrem iPad ab. Wieder andere referieren frei und spontan. Viele Ratsmitglieder sind schon länger dabei und kennen den Ablauf entsprechend gut. Die meisten sind im Kanton sehr verwurzelt. Sie haben hier die Schule besucht oder leben schon seit Jahren in Basel. Alle waren sie aber sehr zugänglich und sprachen mich sofort an. Besonders haben mir meine Parteikolleginnen und Sitznachbarinnen geholfen, den Einstieg zu finden.

Kommissionsarbeit

Über Mittag wurde ich sogleich von einer Parteikollegin in die Arbeitsgruppe Gleichstellung mitgenommen. Hier diskutieren Personen aus der Justiz, Verwaltung und weiteren Institutionen geschlechterspezifische Angelegenheiten. Danach ging's für mich weiter an die Sitzung der Justiz- und Sicherheitskommission. Die Arbeit in dieser Kommission ist nicht nur deshalb spannend, weil man hier Gesetzgebungsprozesse wirklich beeinflussen kann: Es wird über den Wortlaut von Gesetzesbestimmungen diskutiert und nicht nur wie an der Plenarsitzung über Annahme oder Ablehnen entscheiden. Vor allem lernt man in den Kommissionssitzungen aber auch parteiübergreifend Ratsmitglieder besser kennen. Nach der letzten Sitzung der Justiz- und Sicherheitskommission sind wir Linken beispielsweise noch mit Bürgerlichen zusammen gesessen und haben solange Geschlechterquoten diskutiert, bis wir sie zumindest in Teilen überzeugen konnten.

Am Nachmittag ging's dann weiter im Grossratssaal. Hier bin ich ein erstes Mal mit den Gedanken abgeschweift. Oft fragt man sich bei bestimmten Geschäften: Müssen



Nora Bertschi wurde als Vertreterin des jgb in den Grossen Rat gewählt und berichtet von den ersten Erfahrungen.

denn alle unbedingt noch ihren Standpunkt mitteilen? Es ist doch eigentlich alles gesagt und die Meinungen sind längst gemacht. Erstaunt war ich auch, wie viel Einfluss die Verwaltung nehmen kann. Sträubt sie sich gegen einen Vorstoss, sind wir Ratsmitglieder beinahe machtlos. Wir haben es hier mit Fachpersonen zu tun, die für die eigene Recherche auf einen ganzen Stab von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückgreifen können. Neben dem Zuhören konnte ich mich aber schnell auch selber einbringen. Von meiner Partei wurden mir von Beginn an Geschäfte zugeteilt, für die ich im Ratssaal sprechen sollte. Und als ich am Abend des ersten Ratstages das Regionaljournal Basel hörte, war mir erst so richtig bewusst, dass ich nun mitbestimmen kann, was Basel bewegt.

Jetzt nach einem halben Jahr habe ich den Ratsbetrieb etwas kennen gelernt und weiss, wen ich für welche Geschäfte um Informationen und Unterstützung anfragen kann. Bis Ende August haben wir nun erst einmal Sommerpause. Danach bin ich gespannt auf die Debatte der anstehenden Geschäfte. Insbesondere freue ich mich, wenn mein erster Anzug zur Rehabilitation der von Zwangsmassnahmen betroffenen Menschen im Grossen Rat diskutiert wird.

Nora Bertschi, Grossrätin Grünes Bündnis

Zwei erfolgreiche Feste

Mitgliederversammlung der Jungen Grünen Schweiz

Das junge grüne bündnis nordwest (jgb) war am 6. Juli 2013 Gastgeber der Mitgliederversammlung der Jungen Grünen Schweiz. Nach der Begrüssung durch die grüne Nationalratspräsidentin Maya Graf und einem spannenden Beitrag vom grünen Liestaler Stadtratspräsidenten Lukas Ott zur Kantonsfusion wurden im prall gefüllten Saal in Sissach diverse Themen bearbeitet. So beschlossen die ca. sechzig anwesenden Mitglieder die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September: Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht, Nein zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und Ja zum neuen Epidemiegesezt. Ausserdem wurde eine Resolution beschlossen, in der sich die Jungen Grünen mit den jungen grünen Bewegungen des Gezi-Parks in Istanbul solidarisieren. Danach stand das gemütliche Grillieren im Zentrum, wobei ein Streit um Fleisch oder Gemüse beinahe die Partei gespalten hätte. Aber auch dafür hatten wir selbstverständlich eine Lösung bereit.



Grillfest für ein Basel

Am 9. August nahm dann das jgb am Grillfest des Jugendkomitees für ein Basel beim Birköpfli teil. Auch dieser Anlass war ein voller Erfolg, der viel Beachtung fand.



Beim Grillfest vom «Jugendkomitee für ein Basel» wurde nicht nur der Grill bedient, sondern auch eifrig in der Runde diskutiert (nicht die Fleisch- und Gemüsefrage – Red. ;-)).

Nach der Zeit des gemütlichen Beisammenseins und Grillierens stehen nun wieder einige politische Aktionen an. So wird das jgb einen Stand am Jugendkulturfestival (30. und 31. August) stellen, ausserdem findet am 2. September eine Aktion gegen den Gegenvorschlag zur basel-städtischen Initiative für bezahlbares Wohnen statt und am 8. September wird das jgb in Liestal Flyer zur Abschaffung der Wehrpflicht an die einrückenden Soldaten verteilen.

Bálint Csontos, Vorstand jgb

Abstimmung vom 22. September 2013: Nein zum 24-Stunden-Arbeitstag

Im Herbst 2012 haben die eidgenössischen Parlamente das Arbeitsgesetz angepasst und den 24-Stunden-Betrieb in Tankstellenshops auf Autobahnen und an Hauptverkehrsstrassen eingeführt. Die Grünen haben das Referendum aktiv mitunterstützt.



NEIN
zum 24 Std-
Arbeitstag!

Bisher durften in der Nacht und an Sonntagen einzig die Tankstellen bedient werden. Die Grünen führen vor allem folgende Argumente gegen die Änderung ins Feld:

Läden, die ausschliesslich mit dem Auto erreichbar sind, werden bevorteilt: Die Vorlage führt voraussichtlich zu einer Zunahme von Tankstellenshops und des motorisierten Einkaufsverkehrs in der lärmsensiblen Nachtzeit.
Ein erster Schritt zur Einführung des 24-Stunden-Konsums: Die

Änderung wird dazu führen, dass andere Läden gleich behandelt werden wollen und es zu einer Ausweitung des 24-h-Shoppings kommt. Die Nacht und der Sonntag sollten zugunsten der Lebensqualität und für Ruhe reserviert bleiben.

Ausweitung der Sonntagsarbeit: Arbeitnehmer/innen sollen in Tankstellenshops neu auch sonntags und in der Nacht bewilligungsfrei beschäftigt werden. Mit der Vorlage wird die Sonntagsarbeit ausgeweitet (hafr).

Basel, Riehen, Hollywood – Stationen von Andreas Tereh

Der 42-jährige Grüne Andreas Tereh ist seit rund drei Jahren im Einwohnerrat Riehen, wo er sich mit einigen Vorstösse eingebracht hat – ein Porträt in Interviewform.

Andreas, kommst du eigentlich aus Riehen?

Jein. Ich bin 1971 in Basel geboren, aber seit dem Kindergarten in Riehen, das heisst, ich bin hier aufgewachsen; genauer gesagt am Steingrubenweg, nahe der deutschen Grenze. In meiner Kindheit war das Quartier zehn Jahre lang eine Baustelle. Dort wurden viele Einfamilienhäuser gebaut. Den ländlichen Charakter von Riehen habe ich zum Teil noch selber miterlebt, es gab Fasane in unserem Garten und Rehe kamen am Abend vorbei, aber nun ist viel davon verschwunden, leider.

Wo hast du studiert?

In Basel, aber zuvor war ich zwei Jahre in Los Angeles, wo ich Musik gemacht habe. Ich bin dann zurückgekommen, habe rumgejobbt, um Geld zu verdienen, und bin dann nach Basel in eine WG gezogen und habe Soziologie, Biologie und Ökologie studiert.

Du leitest nun das Clara-Brocki. Wie bist du dazu gekommen?

Während meines Studiums habe ich Kurse gegeben, u.a. Computerkurse für die Pro Senectute. Am Ende des Studiums habe ich dort eine Festanstellung bei der Geschäftsleitung erhalten. Ich habe später geheiratet und wurde Vater von zwei Kindern. Die Stelle bei Pro Senectute habe ich gekündigt, weil ich mit meiner damaligen Frau den Dorfladen von Bettingen übernommen habe. Der Laden lief nicht optimal, und ich musste parallel dazu arbeiten und war drei Jahre lang bei der Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für soziale Arbeit, als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent angestellt. Dann habe ich Bewerbungskurse für Arbeitslose erteilt; beim Netzwerk von Sozialfirmen b2 und durch eine Verkettung von Zufällen hat es sich ergeben, dass ich vor 3½ Jahren das Brocki übernommen habe.



Von der Rock- zur Politkarriere? Der Rieheener Grüne Andreas Tereh hat eine spannende Biographie. Fotos: Philippe Bovet.



Wie geht's dem Brocki eigentlich?

Es hiess damals Lazarus und war ziemlich runtergekommen. Wir haben es wieder aufgebaut, und dem geht es jetzt nicht schlecht. Wir sind schuldenfrei, aber mit den 250 Stellenprozenten, die wir haben, sind wir zu wenige qualifizierte Leute. Wir versuchen noch zwei weitere 100%-Stellen zu finanzieren.

Du bist nun selbstständig, warst aber auch angestellt. Als Musiker warst du auch selbstständig. Was war das für eine Zeit in den Staaten?

Seit ich 15 bin, spiele ich Bassgitarre. Mit 19 bin ich mit vier anderen Schweizern nach Hollywood gezogen. Mit unserer Band Sierra haben wir uns einen Namen gemacht, immer unsere Kosten gedeckt und waren in Verhandlung mit einem grossen Label. Am Ende haben wir uns entschieden, den Vertrag nicht zu unterzeichnen und nicht weiterzumachen, da wir mit dem Sänger grosse menschliche Schwierigkeiten hatten. Es war eine schöne Zeit, wir haben tolle Musik gespielt, ich konnte viel rumreisen... Wenn du auf «youtube» gehst, meinen Namen und Sierra eingibst, bekommst du einige Filme von dieser Zeit zu sehen.

Wechseln wir das Thema: Seit wann bist du bei den Grünen?

Seit 2008. Davor war ich in keiner Partei aktiv, war Mitglied von Vereinen wie Amnesty International, aber hatte keine Zeit für mehr. Die GP ist die einzige, mit der ich mich identifizieren kann, es gibt immer Positionen, bei denen ich mehr oder weniger einverstanden bin, aber sie bietet ein komplettes Programm an, und das ist für mich wichtig. Demgegenüber gibt es Parteien, die nur aus einem Motto bestehen, wie Sparen. Es mag seine Berechtigung haben,

aber es ist zu beschränkt für mich. Persönlich glaube ich, dass grün nur funktioniert, wenn die Bevölkerung gebildet und gesund ist und wenn die Wirtschaft läuft... Sonst kümmerst sich niemand um grüne Anliegen. Wenn man keinen Job hat oder nichts weiss von den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt setzt sich kaum für den Erhalt der Natur ein.

Was machst du, wenn du wenn du etwas Freizeit hast?

Musik immer wieder, aber allein im Keller (lacht). Sonst arbeite ich gern in meinem Naturgarten, den ich mit Natursteinen gestalte, habe dort eine Trockenmauer, in der viel Leben «haust». Mit meiner Partnerin Annette, mit der ich seit 8 Jahren zusammenlebe und die aus Biel stammt und Stellvertretende Geschäftsführerin der GGG Basel ist, koche ich gern, wir sind gern mit Freunden zusammen, gehen wandern... Wir reisen gemeinsam mit dem Zug. Voriges Jahr sind wir bis Portugal gefahren. Es war zwar teuer als Fliegen, aber wesentlich schöner. Wir haben einen Zwischenstopp in Madrid eingelegt und so etwas von beiden Ländern gehabt. So geniesse ich das Leben, mit LOHA-Werten (engl. Lifestyles of Health and Sustainability). Und nicht zu fliegen hat nichts mit Verzicht zu tun.

Internetseiten:

Zugstrecken durch Europa:

<http://www.seat61.com>

Zum ClaraBrocki:

<http://www.clara-brocki.ch>



Die Fragen stellte:
Philippe Bovet
freier Journalist
Vorstand
Grüne Basel-Stadt

Grüne Politik in Riehen

Ich habe mich für die Grüne Partei entschieden, weil Grüne Politik keine Partikularinteressen verfolgt und somit gesellschaftliche Problemstellungen rational und frei von Ideologie angehen kann. Natürlich ist auch eine Werthaltung darin, wenn man der Ansicht ist, dass die natürliche Umwelt es wert ist, dass man sich um sie sorgt. Wenn man sich aber bewusst ist, dass die eigene Gesundheit von den Umweltbedingungen abhängt, erscheint mir diese Werthaltung nicht ideologisch, sondern vernünftig.

Damit sich eine Gesellschaft für ökologische Anliegen einsetzt, bedarf es einiger Voraussetzungen: Die Individuen, welche die Gesellschaft ausmachen, müssen gesund sein, finanziell über die Runden kommen und ein Verständnis für ökologische Prozesse haben. Denn wer krank ist, will als Erstes gesund werden, wer kein Geld hat braucht eine Arbeit oder eine andere Form materieller Sicherheit. Und wer die wechselseitigen Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt nicht versteht, wird sich kaum um Umweltanliegen kümmern.

Grüne Politik umfasst daher nicht nur ökologische Themen. Sie muss sich auch für ein gutes Versorgungswesen einsetzen, für eine funktionierende Wirtschaft (was gute Infrastruktur bedingt), für robuste So-

zialwerke und natürlich für ein sehr gutes Bildungssystem. Meine Politik bewegt sich somit jenseits vom klassischen Links-Rechts-Schema und hat lediglich als oberes Ziel die Bewahrung dessen, was in kirchlichen Kreisen die Schöpfung genannt wird. Dass der Mensch sich erst dann um dieses Ziel zu kümmern scheint, wenn alle seine anderen Grundbedürfnisse gedeckt sind und der Schutz der Umwelt somit quasi zum Luxusgut verkommt, ist schade. Es ist aber eine Tatsache, die man beim Politisieren berücksichtigen muss. Grüne Politik hat zum Ziel, dass es sowohl den Menschen als auch der Umwelt gut geht. Dies ist ein hohes, aber vernünftiges Ziel. Hoch deshalb, weil man viel mehr kaum wollen kann.

Riehen ist eine reiche Gemeinde mit viel Grün. Parks, Gärten, der gute Baumbestand und die Naherholungsgebiete machen Riehen zum attraktivsten Vorort Basels. Das viele Grün ist Riehens Kapital, denn es lockt die Menschen an. Dies treibt zwar die Boden- und Mietzinspreise in die Höhe, hat aber auch den Effekt, dass die Gemeinde gute Steuereinnahmen hat. Riehen ist nicht so gut erschlossen wie andere umliegende Gemeinden. Als Durchgangsort leidet es unter dem starken Verkehrsaufkommen. Die Stadt ist klar Zentrum für Einkauf und Kultur. Der Grund, weshalb dennoch viele Leute gerne in Riehen woh-

nen, ist sein ländlicher Charakter. Grün macht also auch reich.

Dieses Gleichgewicht muss bewahrt werden, ist aber in Gefahr. Es gibt in Riehen Kräfte, welche die dörflich anmutende Durchsichtigkeit des «Dorfes» gefährden. Immer mehr Parzellen werden bebaut. Schöne alte Häuser mit viel Umschwung werden abgerissen und durch Mehrfamilienkolosse ersetzt. Wenn Riehen seine Attraktivität erhalten will, muss es sein Kapital, – seine Grünflächen, bewahren. Sonst wollen nicht mehr so viele Menschen hier wohnen, die Steuereinnahmen sinken und die wichtigen Dienstleistungen, welche eine Gemeinde erbringen muss, können nicht mehr bezahlt werden: Schulen, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Sauberkeit etc. Dazu braucht es eine langfristig ausgelegte und ausgewogene Politik, welche die Grünen in der Lage sind zu leisten. Denn Grüne Politik ist nicht an Partikularinteressen gebunden. Sie richtet ihren Fokus auf sämtliche Gesellschaftsbereiche und sogar darüber hinaus, indem sie die Weiterexistenz aller Lebensformen ermöglichen will.



Andreas Tereh
Einwohnerat Riehen
Vorstand Grüne
Basel-Stadt

Wehrpflicht aufheben – Ressourcen sinnvoller verwenden

Die Dienstpflicht ist nicht zeitgemäss. Sie steht im Widerspruch zur gesellschaftlichen Entwicklung und der Vereinbarung von Familie und Beruf. Wer Kinder betreut, kann nicht Wiederholungskurse absolvieren. Auch bei vielen Berufskarrieren stehen sie quer in der Landschaft.

Die Wehrpflicht bindet enorme Gelder. Die heutige Armee ist noch immer zu gross. Sinnvolle Sicherheitsaufgaben und entsprechende Ausbildungen können schwer gefunden werden.

Schaut man genau hin, so ist

die Wehrpflicht insbesondere in Stadtkantonen eine Phrase. Nur rund 30 Prozent der Jugendlichen sind männlich und haben einen Schweizer Pass. Von diesen wird ca. die Hälfte als «untauglich» erklärt. Viele der Diensttauglichen entscheiden sich für den Zivildienst.

Ein freiwilliger Militärdienst für Schweizer und Schweizerinnen und dazu ein freiwilliger Zivildienst für alle, unabhängig der Staatszugehörigkeit und des Geschlechts würde die Chancengleichheit verbessern und allen sinnvolle Erfahrungen im Sozial- und Umweltbe-

reich ermöglichen. Freiwerdende Ressourcen können für eine umfassende Sicherheitspolitik, z. B. für eine rasche Energiewende und die Förderung der Kreislaufwirtschaft, eingesetzt werden.

Anita Lachenmeier-Thüring
Grossrätin



Wie sind die Reaktionen auf die Fusionsinitiative im Oberbaselbiet, Sarah Martin?

Unser Gespräch mit Sarah Martin, alt Landrätin und Vizepräsidentin der Grünen BL, setzt unsere Interview-Reihe mit Protagonist/innen der Baselbieter Grünen fort. Sarah wohnt in der Oberbaselbieter Gemeinde Hemmiken.

Du setzt dich als Vizepräsidentin der Grünen BL für die Fusionsinitiative ein. Wie sind die Reaktionen an deinem Wohnort Hemmiken darauf? Wie wird die Initiative im Oberbaselbiet diskutiert?

Ehrlich gesagt habe ich mich bis anhin nicht sehr intensiv für die Fusionsinitiative eingesetzt, weil auf meiner persönlichen politischen Prioritätenliste der öffentliche Verkehr sowie Energie- und Umweltfragen zuoberst stehen. Reaktionen hat es in Hemmiken mir gegenüber wenige gegeben. Aber die Meinungen zu diesem Thema sind gemacht, und sie sind grösstenteils nicht im Sinn der Initiative. Ich wage hier zu behaupten, dass es in anderen Oberbaselbieter Gemeinden ähnlich aussieht wie bei uns im Dorf.

Für mich ist die Haltung der kleinen Gemeinden verständlich. Sie sind schon heute in einer unangenehmen Situation: finanziell abhängig und belächelt bis angefeindet dafür, dass sie versuchen eigenständig zu bleiben, ist eine Fusion mit der Stadt und somit noch weniger Gewicht in der kantonalen Politik das Letzte, was sie möchten. Ausserdem ist für viele Bewohner/innen des Oberbaselbiets die Stadt tatsächlich weit weg – räumlich wie ideell –, und zwar nicht nur für ältere Generationen. Entsprechend wird die Initiative emotional diskutiert, und Überzeugungsarbeit «pro Fusion» zu leisten ist schwierig.

Vor Kurzem bist du aus dem Landrat zurückgetreten. Hast du genug von der kantonalen Politik?

Für mich war schon bei meinem Antritt klar, dass ich nicht im Landrat «alt» werden möchte. Ich bin via mein Engagement als Aktivis-

tin bei Greenpeace in die Politik gerutscht, obwohl ich nie Ambitionen in diese Richtung hatte. Im Verlauf der letzten Jahre ist es für mich zunehmend schwieriger geworden meinen Beruf (ich bin selbständig erwerbend) und das Landratsmandat unter einen Hut zu bringen. Deshalb nun konsequenterweise der Rücktritt.

Rückblickend waren die sieben-einhalb Jahre im Kantonsparlament – trotz mühsamen Momenten – für mich aber insgesamt positiv. Ich habe also nicht «genug» von der kantonalen Politik und werde als Vizepräsidentin der Grünen BL und Vorstandsmitglied der Grünen Region Gelterkinden wohl weiterhin ein wenig daran teilhaben.

Wie seid ihr im Oberbaselbiet organisiert? Gibt es Bezirks- oder Ortsgruppen? Wie organisiert ihr die Meinungsbildung?

Im Oberbaselbiet organisieren wir uns üblicherweise in Gruppen, die den Wahlkreis umfassen. Wir decken z.B. als «Grüne Region Gelterkinden» den Wahlkreis Gelterkinden mit den umliegenden 14 Gemeinden ab. Allerdings gibt es (noch) nicht in allen Wahlkreisen eine Grüne Orts- oder Bezirksgruppe. In gewissen Wahlkreisen gibt es Gruppierungen, die den Grünen nahestehen. So z.B. in Sissach mit der «Stechpalme», bei der unter anderem Isaac Reber und Maya Graf Mitglieder waren. Unabhängig davon, ob es eine Ortsgruppe gibt oder nicht, stellen wir für die Landratswahlen jeweils in allen Wahlkreisen eine Liste auf.

Die Meinungsbildung geschieht meist via Vorstandssitzung oder an der Mitgliederversammlung – wenn's schnell gehen muss auch mal per E-Mail (wir sind ja ein überschaubares Grüppchen). Ausserdem haben wir hier in Gelterkinden einen «grünen Stammtisch» eingerichtet, wo wir uns einmal monatlich in einem Kaffee treffen, um Ideen auszutauschen und zu diskutieren. Diese Treffen sind offen für alle – auch Nichtmit-



Alt-Landrätin Sarah Martin zur Situation der Grünen im Oberbaselbiet.

glieder –, aber es werden natürlich keine Beschlüsse gefasst.

Sind die Grünen im Oberbaselbiet auf Gemeindeebene eine Partei, die wahrgenommen wird?

In den Gemeindegremien sind wir kaum vertreten. Oft ist es auch so, dass Gemeinderäte in kleinen Dörfern offiziell gar keiner Partei angehören und damit nicht klar «zuzuordnen» sind. Bei den Landratswahlen sind wir hier in der Region Gelterkinden aber sehr erfolgreich und das interessanterweise nicht in der Zentrumsgemeinde Gelterkinden, sondern in den kleinen, umliegenden Gemeinden. In vielen Dörfern hatten wir bei den Wahlen 2011 nach der SVP am meisten Stimmen, in Anwil haben wir die Volkspartei sogar überflügelt.

Im Gegensatz dazu haben es in den Abstimmungen grüne Anliegen eher schwer. Persönlich schliesse ich daraus, dass unsere Wahlerfolge auch damit zu tun haben, dass man hier «auf dem Land» tatsächlich in der Regel Leute wählt, die man selber kennt oder aus deren Umfeld man jemanden kennt. Die Partei ist zweitrangig. So stand mein Name in Hemmiken oft auf SVP oder gar SD Listen – meist zweimal.

Die Fragen stellten Harald Friedl und Martin Stohler (Redaktion)

Kantonale Abstimmung vom 22. September 2013

Chance für Basel: Ja zum «CentralParkBasel»

Am 22. September kommt die Volksinitiative für einen «Centralpark» über den Geleisen beim Bahnhof SBB zur Abstimmung. Die Grüne Partei hat das Anliegen von Beginn an mitgetragen.

Die Idee des «CentralParkBasel» ist bestechend: Über den Bahngeleisen beim Bahnhof SBB zwischen Bahnhofpasserelle und Margarethenbrücke soll eine begrünte Frei- und Erholungsfläche in der Grösse von rund vier Fussballfeldern geschaffen werden. Ein unternutztes Areal Mitten in der Stadt wird ohne Beeinträchtigung des Bahnbetriebs aufgewertet. Das durch die Eisenbahnanlagen abgetrennte Gundeli wird an die Innerstadt angeschlossen. Fussgänger und Velofahrer erhalten attraktive Verbindungen. Und der in Stosszeiten unbefriedigende Perronzugang wird verbessert. Die Projektidee fand mit der Präsentation vor rund acht Jahren breite Unterstützung: bei den Grünen, dem Gewerbeverband, der Handelskammer, bei Quartiergruppierungen aus dem Gundeli, dem Basler VCS und WWF sowie vielen anderen.

«Centralpark» oder Unterführung

Doch seit Lancierung der Idee ist das Baudepartement im Abwehrmodus: Zunächst gegen eine Petition zur Prüfung des Anliegens und nun gegen die Volksinitiative. Zur Konkretisierung der offen formulierten Park-Initiative beantragte die Regierung dem Grossen Rat zwar rund 1,5 Millionen für ein Planungsverfahren. Sie verzichtete aber in der Beratung auf das Finanzgesuch, dessen Annahme auch den Rückzug der Initiative möglich gemacht hätte. Das Anliegen der grünen Grossrätin Elisabeth Ackermann, die Initiative dem Volk zur Annahme zu empfehlen, blieb im Rat chancenlos.

Schade. Denn die SBB wollen die Fussgänger offenbar wieder unter den Boden bringen und planen eine Unterführung der Bahnstränge. Dabei ist in Basel die frühere, verödete Bahnhofunter-

führung zwischen Gundeli und Elisabethenanlage in schlechter Erinnerung. Die Abstimmungsfrage lautet deshalb auch: ober- oder unterirdische Verbindung?

Wacklige Gegenargumente

Einwände zum «Centralpark» werden verschiedene vorgebracht. Es werde wie beim düsteren Berner Bahnhof ein Deckel über die Perrons gelegt. Dieses Argument lässt sich mit den vorgeschlagenen grossflächigen Lichtöffnungen nicht aufrechterhalten. Dann wird fabuliert, das Projekt sei mit Kosten von bis zu 400 Millionen Franken unbezahlbar. Woher die horrende Zahl stammt, bleibt ein Geheimnis. Weiter wird moniert, die SBB wollten partout nicht und den Grundeigentümer könne man nicht zwingen. Aber man kann überzeugen, wenn man es versucht. Die SBB sind immerhin eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft und damit gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet. Die Annahme der Initiative wäre ein deutliches Zeichen. Unklar bleibt auch, weshalb das Projekt gar unrealisierbar sein soll.

Reicht in Basel die Ingenieurskunst nicht für eine Gleisüberdeckung, während in anderen Schweizer Agglomerationen hochkomplexe Bahn- und Durchmesserprojekte vorangetrieben werden?

Ja zu einem echten «Centralbahnhof»

Mit einem Ja zur Initiative geben wir ein Signal für eine Aufwertung des Bahnhofgebietes, wie auch immer das Projekt letztlich konkret aussehen mag. Damit können die Basler und Baslerinnen zeigen, dass sie am Bahnhof SBB mehr wollen als Zugverbindungen – nämlich einen attraktiven und lebendigen «Centralbahnhof», der Knoten- und Verweilpunkt für eine Region ist, nicht nur ein Durchlaufgefäss. Für die Nutzung dieses Potentials können wir am 22. September mit einem Ja zum «CentralParkBasel» ein Zeichen setzen.



Jost Müller Vernier
Mitglied
Initiativkomitee
CentralParkBasel

Text der unformulierten Initiative «CentralParkBasel»

«Über dem Gleisfeldareal zwischen der Passerelle und der Margarethenbrücke ist ein öffentlicher ‚CentralParkBasel‘ zu erstellen. Damit soll ein Frei- und Grünraum mit hoher Aufenthaltsqualität, neuen Fussverbindungen und einem Veloweg, neuen Perronzugängen, einer Randbebauung mit Wohn- und Gewerbenutzung auf Gundeldingerseite und einer besseren Anbindung des Gundeldingerquartiers an die Stadt geschaffen werden. Übergangsregelung: Nach Annahme dieser Initiative sind unverzüglich die Umsetzungsarbeiten in Angriff zu nehmen.»



Visualisierung der Park-Idee über den Geleisen beim Bahnhof SBB. Hinten bestehende Passerelle. Bild: Jacob Planung.

Kantonale Abstimmung vom 22. September 2013 Basel braucht das Wohnraumfördergesetz (WRFG)

Am 22. September stimmen wir über die Mietverbands-Initiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!» ab. Diese lehnen sowohl der Regierungsrat als auch der Grosse Rat ab. Zugleich empfehlen der Regierungsrat und der Grosse Rat das Wohnraumfördergesetz (WRFG) als direkten Gegenvorschlag zur Initiative anzunehmen.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis von jeder und jedem von uns. Deshalb will der Regierungsrat den Wohnbedürfnissen der ganzen Bevölkerung Rechnung tragen. Dazu hat er eine kantonale Wohnraumentwicklungsstrategie für 2012 bis 2016 erarbeitet. Die Wohnraumentwicklungsstrategie umfasst ein Massnahmenpaket, das Bewährtes weiterführt wie beispielsweise die Familienmietzinsbeiträge, aber auch Neues enthält wie die gesetzlich festgelegte Förderung von Genossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern. Im Wesentlichen beruhen die Strategie und das WRFG auf folgenden drei Pfeilern, die ich hier gerne kurz erläutere:

1. Spezifische Förderung von gemeinnützigem Wohnraum

Um den Bedarf an preisgünstigen Mietwohnungen zu decken, sollen Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus, wie zum Beispiel Wohngenossenschaften oder Stiftungen, unterstützt werden. Dies erfolgt durch folgende konkrete Massnahmen:

- *Zinsvergünstigte Darlehen:* Zur Förderung der Entwicklung von Projekten für den Neu-, Um- und Ausbau von Mietwohnungen gewährt der Kanton in der Höhe von 5 Millionen Franken.
- *Bürgschaften mit einer Dauer von bis zu 30 Jahren:* Mit der Übernahme von Bürgschaften durch den Kanton verbessert sich die Kreditwürdigkeit. Entsprechend erhalten betroffene Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus bessere Konditionen bei der Finanzie-

rung von Projekten (zum Beispiel tieferer Zins).

- *Abgabe von Land im Baurecht:* Eine Rahmenausgabenbewilligung in der Höhe von 20 Millionen Franken dient dazu, Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus Grundstücke im Baurecht zu Konditionen abzugeben, die es ermöglichen preisgünstige Mietwohnungen anzubieten. Diese Massnahme stärkt die vom Regierungsrat bereits praktizierte Abgabe von Land im Baurecht.
- *Steuererleichterungen für gemeinnützige Wohnbauträger*

2. Direkte Unterstützung von Menschen auf dem Wohnungsmarkt

Das WRFG erlaubt dem Kanton, gezielt günstige Mietwohnungen für Personen bereitzustellen, die Anspruch auf Familienmietzinsbeiträge, Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zur AHV/IV haben und trotz dieser Sozialleistungen sehr grosse Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden. Daneben hält der Regierungsrat weiterhin an der bestehenden Subjekthilfe fest. Die Leistungen bei den Familienmietzinsbeiträgen wurden sogar neu per 1. Januar 2013 um 4,9 Mio. Franken jährlich ausgebaut.

3. Verbesserung der Rahmenbedingungen und Anreize für private Investitionen

Der grösste Teil der Liegenschaften im Kanton gehört privaten Eigentümerinnen und Eigentümern. Daher ist es wichtig, dass der Kanton die gesetzlichen Bestimmungen so gestaltet, dass weiterhin in den Wohnungsbau investiert wird. Das Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern (GAZW) wird in das WRFG überführt. Das GAZW stammt aus den 1970er-Jahren. Es ist nicht mehr zeitgemäss und wirkt sich heute negativ auf die Erneuerung und die Schaffung von Wohnraum aus. Daher sollen, auch mit Blick auf die erwünschte Verdichtung im städtischen Gebiet und aus Gründen der Energieeffizienz, die Bestimmungen aktualisiert werden. Der Abbruch wird künftig bewilligt,



wenn in der Folge mindestens gleich viel Wohnraum entsteht. Der Teilabbruch (bspw. Aufstockungen, Wohnungszusammenlegungen) wird – abgesehen vom normalen Baubewilligungsverfahren – bewilligungsfrei. Die Bewilligungspflicht für die Nutzung einer Wohnung zu einem anderen Zweck als zum Wohnen (Zweckentfremdung) bleibt bestehen, wird aber den heutigen Bedürfnissen angepasst (bspw. wären Kindertagesstätten neu von dieser Bewilligungspflicht ausgenommen).

Initiative vs. WRFG

Mit der spezifischen Förderung des gemeinnützigen Wohnraumangebotes und der direkten Unterstützung von Menschen auf dem Wohnungsmarkt werden zentrale Anliegen der Initiative bereits erfüllt. Andere Anliegen der Initiative empfehle ich Ihnen abzulehnen. So ist beispielsweise die Schaffung spezieller Zonen für günstige Mietwohnungen nicht angemessen. Dies würde die Bildung von «guten» und «schlechten» Wohngebieten fördern. Zudem hat der Kanton bereits heute genügend andere Möglichkeiten Einfluss zu nehmen, damit ein breites Wohnungsangebot erhalten bleibt. Bereits heute – ohne spezielle Zonen – werden geeignete Grundstücke dem genossenschaftlichen Wohnungsbau abgegeben (bspw. Hegenheimerstrasse oder Belforterstrasse). Auch der von den Initiantinnen und Initian-

ten geforderte umfassende Schutz vor Abbruch von Wohnhäusern auf Verfassungsstufe ist nicht zielführend und langfristig nicht nachhaltig. Viele Wohngebäude im Kanton sind alt und genügen den energetischen Anforderungen nicht. Um weiterhin auf der Zielgeraden zu bleiben, auf der wir die 2000-Watt-

Gesellschaft erreichen können, müssen überalterte Bausubstanzen durch energiefreundlichere, neue und ins Gefüge passende Bauten ersetzt werden können.

Fazit: Das WRFG beinhaltet gezielte und massvolle Massnahmen und bildet die Basis für eine aus-

gewogene und nachhaltige Wohnraumentwicklung, die politisch breit abgestützt ist.



Guy Morin
Regierungspräsident
Kt. Basel-Stadt

Unterschreiben für mehr erneuerbare Energien in Basel!

Die Initiative «Basel erneuerbar» fordert, dass Basel-Stadt den Umstieg auf unerschöpfliche Energien vorantreibt. Ihr Ziel ist es, sämtliche Energieanwendungen auf Kantonsgebiet mit erneuerbaren Energieträgern zu betreiben.

Aus den Steckdosen in Basel-Stadt fliesst bereits nachhaltiger und atomfreier Strom. Doch andere Länder und Regionen eilen voraus. Auch unser Kanton muss die nächsten Schritte einleiten und die erneuerbaren Energien auch im Wärmebereich und im Verkehr konsequenter nutzen. Die Initiative «Basel erneuerbar» will die Basler Kantonsverfassung um einen entsprechenden Absatz ergänzen: «Der Energieverbrauch im Kanton Basel-Stadt wird ab 2050 grundsätzlich auf Basis von nachhaltigen, erneuerbaren Energien gedeckt», heisst es darin.

Kluge Köpfe denken voraus

Die Initiative sorgt also dafür, dass der Kanton rechtzeitig eine zukunftsträchtige Energieversorgung in die Wege leitet. Basel-Stadt soll den Umstieg gestalten und die Chancen nutzen, die sich daraus ergeben. Damit bleiben wir auf der Höhe der Entwicklung und hinken nicht hinterher wie die alte Fasnacht. Über Infrastrukturen wie Bus und Tram, Strom- und Gasanschlüsse, Stromtarife, Heizkraftwerke und Bauvorschriften ist der Kanton in Energiefragen entscheidend involviert. Er steuert, inves-

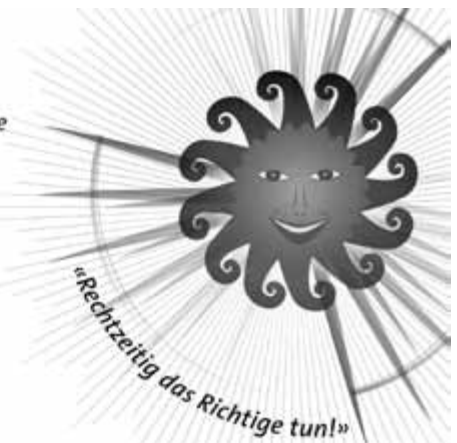
BASEL ERNEUERBAR

Volksinitiative für eine sichere, saubere und günstige Energieversorgung

tiert und er überwacht die gesetzlichen Vorschriften. Dafür braucht es eine klare Marschrichtung in der kantonalen Verfassung. Kluge Köpfe denken voraus. Und jede Umstellung braucht Zeit. Basel-Stadt handelt daher klug, bei notwendigen Sanierungen, Neubauten und Neuanschaffung von Fahrzeugen die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass hohe Effizienz und erneuerbare Energien im Vorteil sind. Wenn die Preise für Erdöl und Erdgas noch mehr steigen, sind wir gut gewappnet.

Fossil war gestern

Erdöl und Erdgas sind in den letzten Jahren immer teurer geworden. Wenn sich diese fossilen Energieträger weiter verknappen, werden die Preise weiter ansteigen. Dagegen werden erneuerbare Energien dank wachsender Effizienz, verbesserter Technologie und Serienherstellung laufend günstiger. Sie sorgen für Versorgungssicherheit mit hoher einheimischer Wertschöpfung. Die Technologie zur Umsetzung der Initiative ist heute weitgehend vorhanden. Jetzt geht es darum, diese Techniken vorausblickend und schrittweise einzusetzen, bevor uns Erdöl und Erdgas ausgehen.



Ab 2050 sollen sämtliche Energieanwendungen auf Kantonsgebiet vollständig mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden – also etwa Heizungen, Warmwassererzeugung, Motoren, Maschinen sowie Fahrzeuge. Wo nötig, bleiben Ausnahmen erlaubt.

Lanciert wurde die Initiative von einem breiten Komitee aus fast allen Basler Parteien und vielen Verbänden. Die Grünen waren von Anfang an beteiligt und wollen nun ihren Beitrag dazu leisten, die Unterschriften schnell zu sammeln und ein Zeichen zu setzen. Unterschreibe darum sogleich den beiliegenden Initiativbogen und motivieren auch Freunde und Bekannten dazu.

Weitere Informationen und Unterschriftenbögen unter www.basel-erneuerbar.ch



Mirjam Ballmer
Co-Präsidentin
Grüne Basel-Stadt,

Infomarkt und Varia

Interna

Vielseitige Redaktion

Kaum ein anderes Bild hat den prächtigen Sommer 2013 in Basel besser abgebildet und gleichzeitig für viel Aufsehen gesorgt. Nicht zuletzt dank dem abgebildeten Modell (gemeint ist der Schwimmsack sic!). Pikantes Detail: Der Träger des Objekts ist niemand Geringeres als unser Redaktionsmitglied Martin Stohler.



Foto: Nils Fisch (Tageswoche)

Wechsel an der Fraktionsspitze

Turnusgemäss wechselt das Präsidium der Fraktion Grünes Bündnis für die nächsten zwei Jahre per Ende August von Patrizia Bernasconi (BastA!) zu Anita Lachenmeier (Grüne).

Interna

Vernehmlassungen

Seit der letzten Ausgabe des Grünen Pfeffers haben sich die Grünen wiederum an einigen Vernehmlassungen beteiligt: Vernehmlassung ÖV-Programm 2014–2017, Vernehmlassung Aktionsplan gesunde Luft, Vernehmlassung BKB-Gesetz (siehe auch Artikel auf Seite 2-3) und Vernehmlassung Entwicklungskonzept Badischer Bahnhof. Die Vernehmlassungsantworten finden sich wie gewohnt auf unserer Website www.gruene-bs.ch unter «Vernehmlassungen»

Agenda

Energiewendefestival verschoben

Das auf den September geplante Energiewendefestival musste abgesagt werden, da die nötigen Bewilligungen nicht eingeholt werden konnten. Die Organisator/innen planen nun ein Festival 2014.

Alle Infos Parolen und Veranstaltungen auf:

www.gruene-bs.ch

Abstimmungen

Kantonale Abstimmungen vom 22. September 2013:

- Initiative «Gebührenfreies und faires Mietverfahren für alle!»
- Initiative «Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!» sowie den diesbezüglichen Gegenvorschlag des Grossen Rates
- Initiative «CentralParkBasel»

Nationale Abstimmungen vom 22. September 2013:

- Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»
- Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops
- Revision des Epidemiengesetzes

Die Parolen zu allen Abstimmungen wurden erst nach Drucklegung des Grünen Pfeffers an der Mitgliederversammlung der Grünen Partei Basel-Stadt vom 28. August gefasst. Beiträge zu einzelnen Abstimmungsvorlagen sind auf den Seiten 5, 7 sowie 9–11. Die Parolen sind auf unserer Website www.gruene-bs.ch publiziert.

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- Ich will Mitglied werden! Jahresbeitrag 170.– (Reduktion für Erwerbslose)
- Ich interessiere mich für die Grüne Partei! Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer! Fr. 25.–

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Güterstrasse 83, Postfach 1442, 4001 Basel**
E-Mail: sekretariat@gruene-bs.ch

Konto: **PC 40-19338-4**
Website: www.gruene-bs.ch